

Die Reaktion der Machthaber im Bonner Staat auf die sowjetischen Vorschläge, ihr arrogantes „Nein“, ihr hysterisches Geschrei aus Furcht vor dem unabwendbaren Friedensvertrag, ihre provokatorischen Drohungen gegen die DDR — all das zeigt anschaulich, welcher Gefahr für den Frieden der Militarismus in Westdeutschland darstellt. Die Bonner Militaristen wollen eine Friedensregelung mit Deutschland unterbinden, um ungestört den Atomkrieg vorbereiten zu können. Angesichts dieser Tatsache wird immer deutlicher, daß die Deutsche Demokratische Republik der Sachwalter und Sprecher aller friedliebenden Deutschen ist.

Unser Friedensstaat vertritt nicht nur die Bürger unserer Republik. Er spricht auch für die Tausende Demonstranten, die sich zu Ostern und Pfingsten auf Kundgebungen in Westdeutschland gegen die Bonner Atomrüstung wandten, die für eine Verständigung zwischen beiden deutschen Staaten und für einen Friedensvertrag eintreten. Terrorisiert von der Polizei des Innenministers Schröder, bespitzelt vom Verfassungsschutz, ausgeliefert einem ganzen System von Maßregelungen und obendrein verfeimt von den rechten sozialdemokratischen Führern, schauen die friedliebenden Kräfte Westdeutschlands auf unsere Republik. Das Eintreten unseres Friedensstaates für den Abschluß eines Friedensvertrages findet Billigung in ganz Europa, ja in allen Erdteilen. Die Völker sehen in unserer Republik ein Bollwerk gegen den aggressiven Militarismus in Westdeutschland.

Die Völker und auch die Patrioten in beiden deutschen Staaten sehen mehr und mehr, daß der Abschluß eines Friedensvertrages die nationale Klammer darstellt, die zur schrittweisen Annäherung der beiden existierenden deutschen Staaten auf dem Weg über Verhandlungen und zur schließlichen Wiedervereinigung führt.

*

Unsere Republik kann dieser Verantwortung als Bastion des Friedens in Deutschland um so besser gerecht werden, je fester die moralisch-politische Einheit unserer Bevölkerung ist, je stärker unsere Wirtschaft ist, je größer die kulturellen Leistungen unserer sozialistischen Gesellschaft sind. Es ergibt sich die Schlußfolgerung: Wirksam für eine endgültige Friedensregelung in Deutschland eintreten heißt sich für die weitere politische und wirtschaftliche Stärkung der DDR einsetzen. Hier liegt die große nationale Verantwortung der Arbeiterklasse und der ganzen Bevölkerung unserer Republik.

Das haben viele Werktätige der Betriebe, der Institute und Verwaltungen richtig verstanden. Deshalb verbinden sie ihre Zustimmung zu den Vorschlägen im Memorandum der Sowjetregierung mit konkreten Beschlüssen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Arbeit, mit vermehrten Anstrengungen, die Pläne in allen ihren Teilen zu erfüllen und die imperialistischen Störversuche unwirksam zu machen. Genossenschaftsbauern erklärten, daß die Erhöhung der Marktproduktion der richtige Weg sei, ihren Forderungen nach einem Friedensvertrag den notwendigen Nachdruck zu verleihen.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen arbeitet eine Parteileitung dann richtig, wenn sie den Wunsch der Werktätigen nach einem Friedensvertrag dazu nutzt, ihre Bereitschaft zu neuen Taten für den Frieden zu erhöhen. In diesem Sinne handelte die Parteiorganisation der Schachtanlage Niederröblingen im Bezirk Halle. Die Mitgliederversammlung rief die Bergarbeiter auf, mehr Kupfer für unsere Republik zu liefern und deshalb für eine vorfristige Planerfüllung bis zum 22. Dezember zu kämpfen.

Es genügt also nicht, lediglich eine allgemeine politische Diskussion über den Friedensvertrag und über die Umwandlung Westberlins in eine Freie Stadt zu führen. Diese Diskussion erfüllt nur dann voll ihren Zweck, wenn sie in eine Verbesserung der Arbeit zur Erfüllung des Planes in allen seinen Teilen mündet,